



Staatsschulden und eine
gerechte Steuerpolitik



Gerechte Steuern - DGB-Steuerkonzept 2021



DGB-Steuerpolitisches Gesamtkonzept 2021

- **Gerechte Besteuerung von Einkommen, großen Vermögen und Unternehmen**
- **Stärkung der öffentlichen Finanzen für soziale und ökologische Zukunftsausgaben**
- **Entlastung unterer und mittlerer Einkommen, höhere Besteuerung der Top-Verdiener**
- **Mobilitätsgeld, kein Progressionsvorbehalt auf Lohnersatz, Gewerkschaftsbeitrag steuerlich voll berücksichtigen, Kapitalerträge steuerlich nicht begünstigen**
- **Höheres Kindergeld und Kindergrundsicherung**
- **Geschlechtergerechte Besteuerung, Frauenerwerbstätigkeit fördern**
- **Rentenbesteuerung vereinfachen und Doppelbesteuerung verhindern**
- **Progressive Vermögensteuer auf Multimillionenvermögen**
- **Erbschaftsteuer ohne Begünstigung reicher Unternehmenserben**
- **Gemeindewirtschaftsteuer, gestärkte Körperschaftsteuer**
- **Finanztransaktionsteuer**
- **Besserer Steuervollzug, Stärkung der Finanzverwaltung**

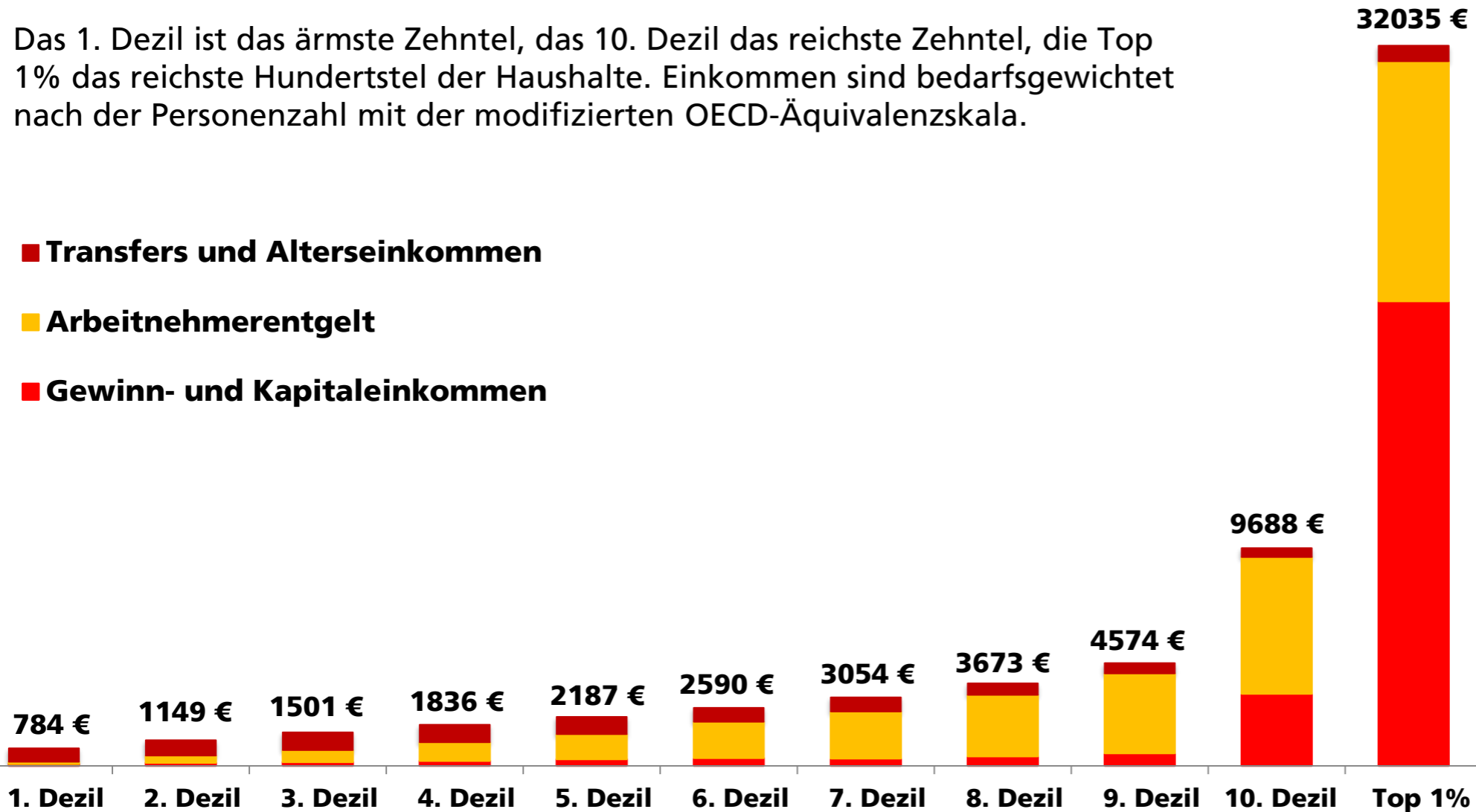


Extreme Einkommensungleichheit in Deutschland

Bruttoäquivalenzeinkommen je Monat und Person 2015, inkl. Transfers und Sozialbeiträgen

Das 1. Dezil ist das ärmste Zehntel, das 10. Dezil das reichste Zehntel, die Top 1% das reichste Hundertstel der Haushalte. Einkommen sind bedarfsgewichtet nach der Personenzahl mit der modifizierten OECD-Äquivalenzskala.

- Transfers und Alterseinkommen
- Arbeitnehmerentgelt
- Gewinn- und Kapitaleinkommen



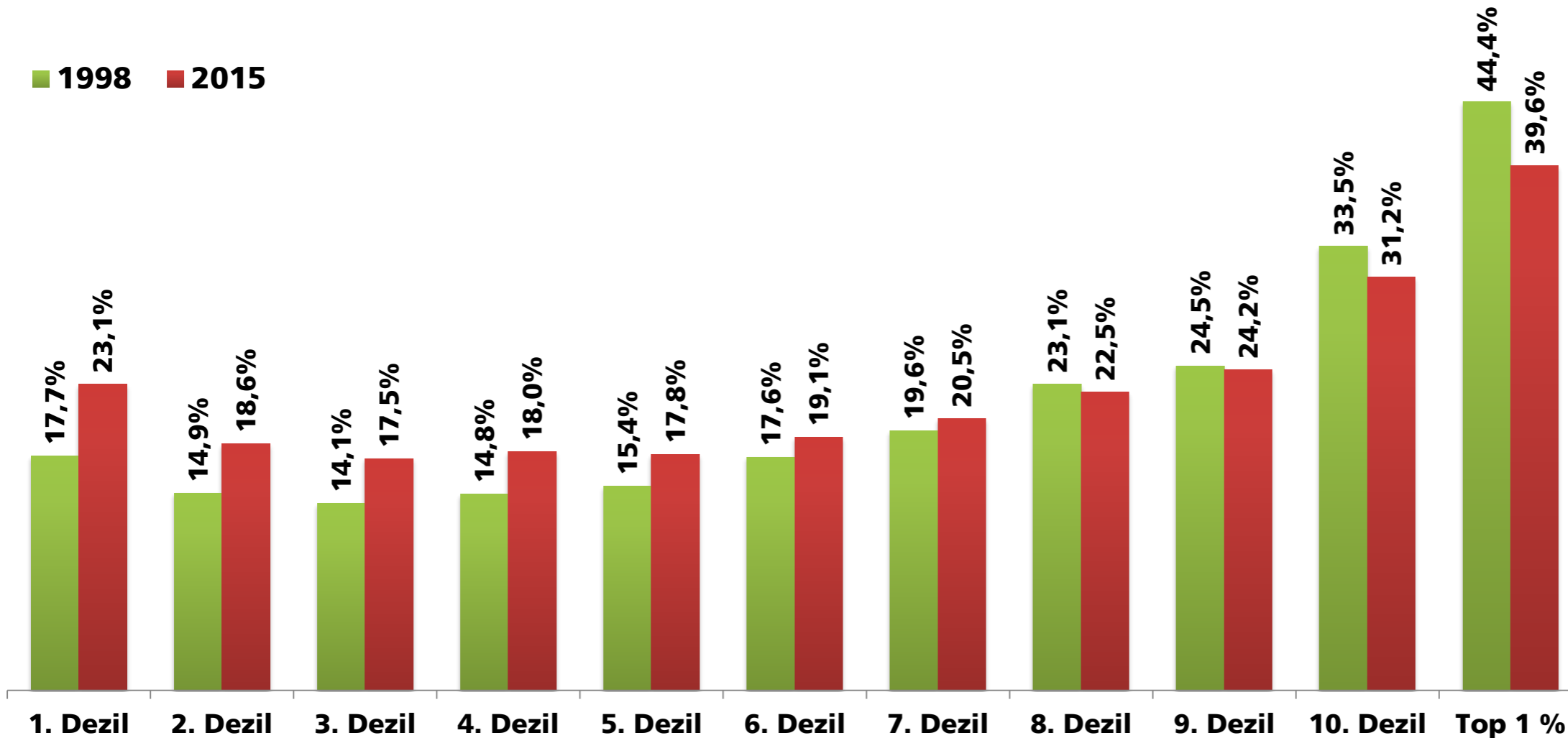
Die Einkommen sind extrem ungleich verteilt. Bei den sehr hohen Einkommen handelt es sich überwiegend nicht um Arbeitseinkommen, sondern um Gewinne und Vermögenseinkommen. Das reichste Zehntel hat im Durchschnitt 12 mal so viel wie das ärmste, das reichste Prozent über 40 mal so viel. Die reichsten 0,1 Prozent haben mit über 140.000 Euro (2015) im Monat sogar 180 mal so viel. Davon sind über 80% Kapitaleinkommen.



ver.di INFO GRAFIK www.wipo.verdi.de | Quelle: DIW Politikberatung kompakt 114, 2016: Integrierte Datenbasis SOEP und EVS sowie Einkommensteuerstatistik, fortgeschrieben auf 2015, eigene Berechnungen.

Reiche entlastet, Arme belastet

Steuerbelastung des Haushaltsbruttoeinkommens nach Einkommenshöhe



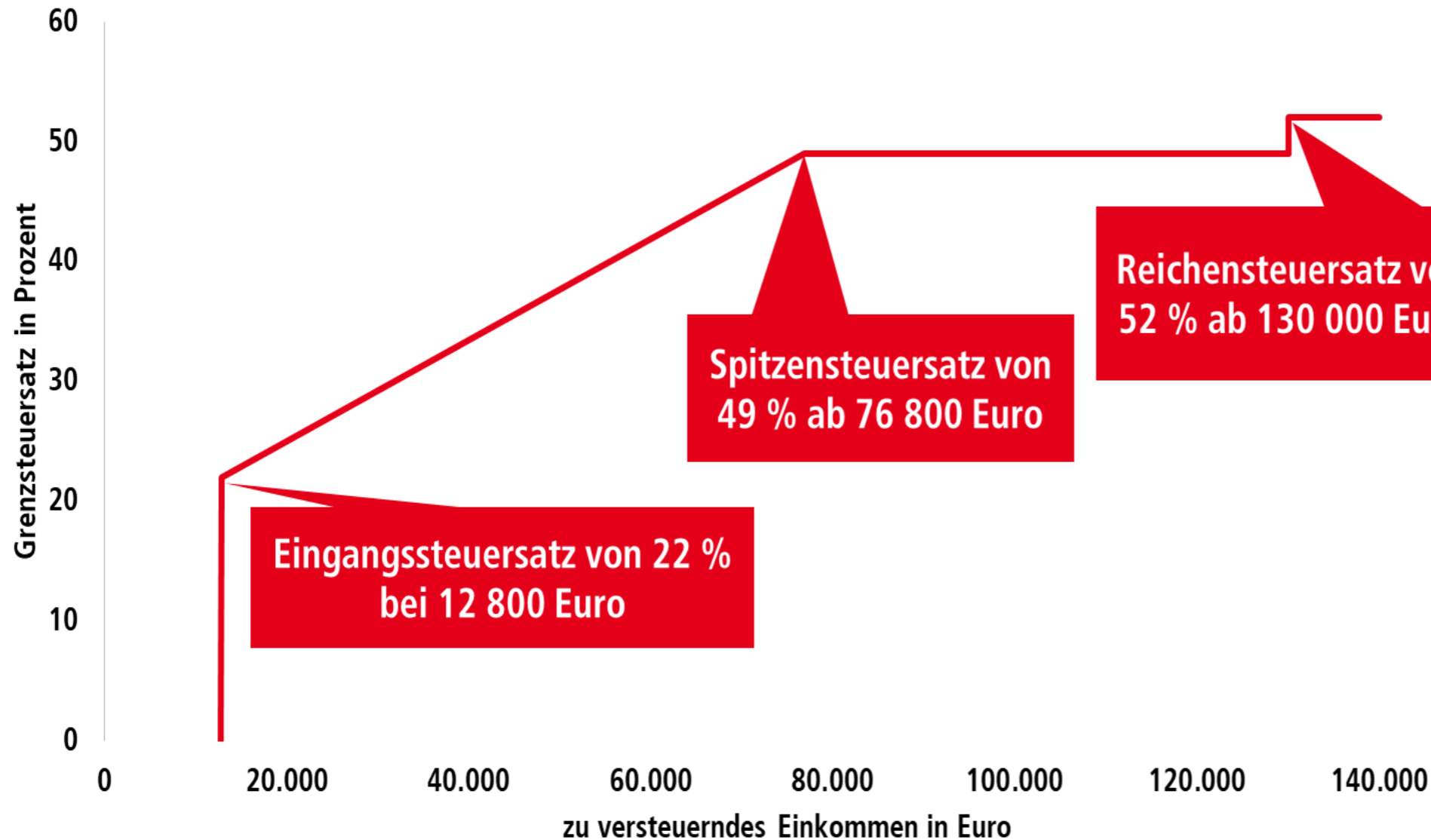
Die Änderungen des Steuerrechts von 1998 bis 2015 haben dazu geführt, dass hohe Einkommen entlastet wurden und niedrige stärker belastet. Ursachen waren v.a. die Senkung des Höchstsatzes der Einkommensteuer, die Unternehmensteuersenkungen und die Erhöhung der Mehrwertsteuer.

ver.di INFO GRAFIK www.wipo.verdi.de | Quelle: Wer trägt die Steuerlast? HBS-study Nr. 347, Dezember 2016, eigene Berechnungen. 1. Dezil = ärmstes Zehntel, 10. Dezil = reichstes Zehntel, Top-1-% = reichstes Hundertstel. Jahreseinkommen bedarfsgewichtet nach der Personenzahl mit der modifizierten OECD-Äquivalenzskala.



DGB-Forderungen für einen gerechten Steuertarif

Grenzsteuersätze nach DGB-Konzept für 2022

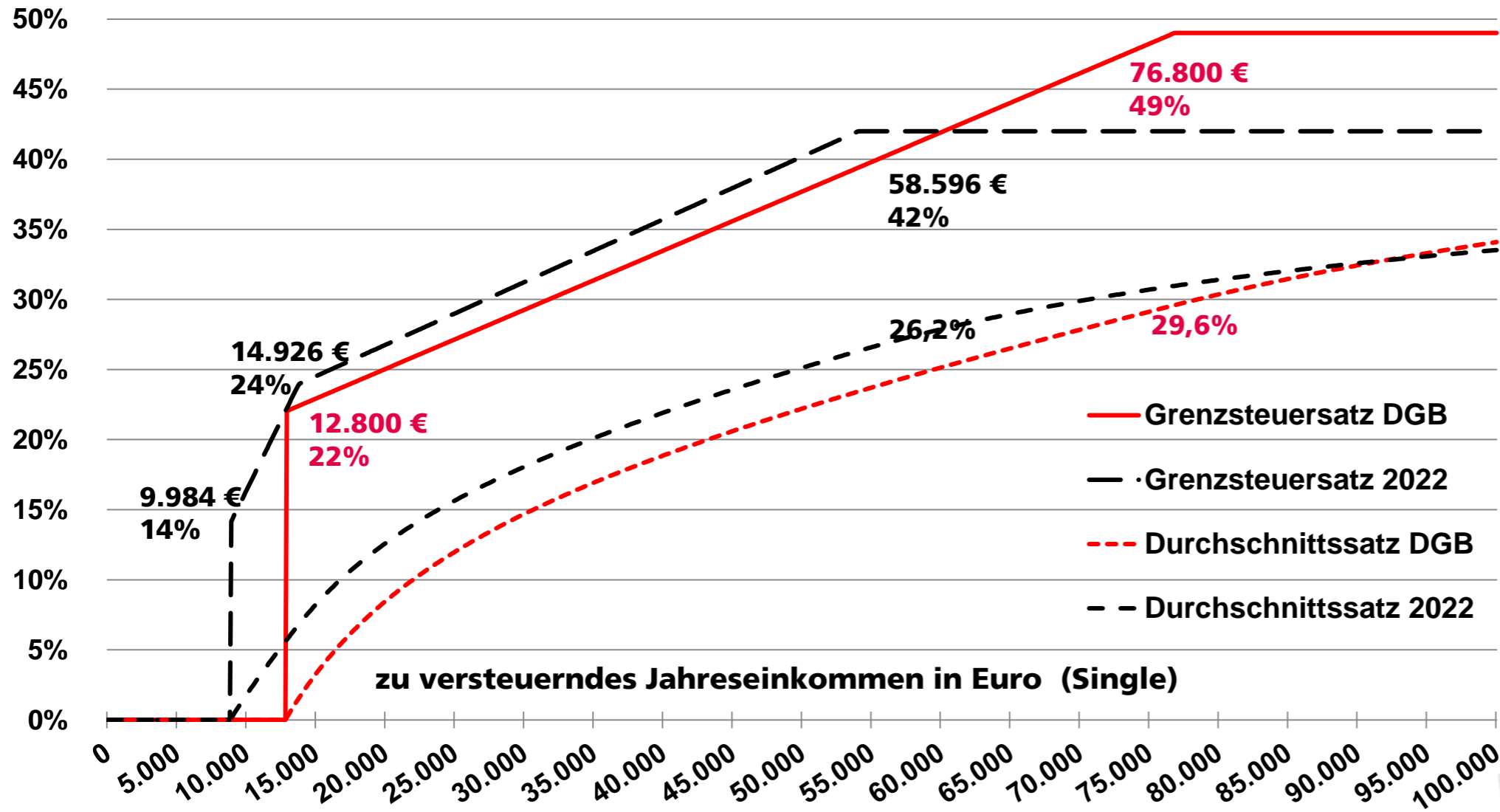


- **Höherer Grundfreibetrag: 12.800 €**
- **Linear-progressiver Tarif von 22% bis 49%**
- **Spitzensteuersatz ab rund 77.000 €, Reichensteuersatz 53% ab 130.000 €**
- **Solizuschlag nicht ersatzlos abschaffen**
- **Steuermindereinnahmen: - 12 Mrd. €**



DGB-Steuertarif entlastet etwa 95 Prozent der Beschäftigten

Grenz- und Durchschnittssteuersätze im Grundtarif (Singles) 2022 im Vergleich



Der höhere Grundfreibetrag entlastet besonders Geringverdienende und mittlere Einkommen. Der höhere Spitzensteuersatz von 49% auf einen zusätzlich verdienten Euro greift später, die Steuer auf das Gesamteinkommens liegt dann noch unter 30% (ohne Soli). Sozialversicherte Beschäftigte werden bis 92.000 Euro brutto im Jahr entlastet. Erst Einkommensmillionäre zahlen über 50% Steuern.

ver.di INFO GRAFIK www.wipo.verdi.de | Quelle: Einkommensteuertarif 2022, DGB-Steuerkonzept 2021, eigene Berechnungen



Steuerentlastung oder -belastung durch DGB-Konzept 2022

Arbeitnehmerpaar*, Steuerklasse 3 + 5 oder 4 + 4, zwei Kinder**

Bruttoeinkommen im Jahr	Veränderung der Steuer im Jahr	in Prozent des Bruttoeinkommens
20.000 €	-504 €	-2,5 %
30.000 €	-884 €	-3,0 %
40.000 €	-1.434 €	-3,6 %
60.000 €	-1.606 €	-2,7 %
80.000 €	-1.768 €	-2,2 %
100.000 €	-1.650 €	-1,7 %
150.000 €	-390 €	-0,4 %
500.000 €	+31.492 €	+6,3 %

* Jeweiliger prozentualer Beitrag zum gemeinsamen Bruttoeinkommen des Haushalts im Verhältnis 70 zu 30

** Einschließlich der Forderungen zur Reform von Kindergeld und Kinderfreibetrag

Arbeitnehmer/in, alleinstehend, Steuerklasse 1, keine Kinder

Bruttoeinkommen im Jahr	Veränderung der Steuer im Jahr	in Prozent des Bruttoeinkommens
15.000 €	-142 €	-0,9 %
25.000 €	-509 €	-2,0 %
40.000 €	-631 €	-1,6 %
60.000 €	-771 €	-1,3 %
80.000 €	-841 €	-1,1 %
100.000 €	+468 €	+0,5 %
150.000 €	+4.334 €	+2,9 %
500.000 €	+34.660 €	+6,9 %



DGB-Forderung Progressionsvorbehalt

- **Abschaffung des Progressionsvorbehalts (indirekte Besteuerung) auf Lohnersatzleistungen**

DGB-Forderung Gewerkschaftsbeiträge

- **Der Gewerkschaftsbeitrag muss zusätzlich zum Arbeitnehmer-Pauschbetrag geltend gemacht werden können**

DGB-Forderung Mobilitätsgeld

- **Pendlerpauschale erhöhen und zum Mobilitätsgeld umgestalten: 13 Cent pro km für alle gleich**

Unsere Ziele:

- Entlastung von Haushalten, die Einkommensverluste hinnehmen müssen
- Steuerliche Absetzbarkeit der Gewerkschaftsbeiträge sicherstellen
- Arbeitsweg soll nur wegen der Entfernung, aber nicht nach Höhe des Einkommens zu steuerlicher Entlastung führen



DGB-Forderung höheres Kindergeld, Kindergrundsicherung

- **Abschaffung des Kinderfreibetrags**
- **höheres Kindergeld: 240 Euro, 246 Euro für das dritte, 271 Euro für jedes weitere Kind**
- **Kindergrundsicherung: einkommensabhängiger Zuschlag zur Armutsvermeidung statt Hartz-IV-Leistungen und Kinderzuschlag**

DGB-Forderung Abgeltungsteuer abschaffen

- **Abschaffung der Abgeltungsteuer von 25%, Besteuerung von Kapitalerträgen mit dem persönlichen Einkommensteuersatz**
- **Beibehaltung der Besteuerung aller Veräußerungsgewinne und von Beschränkungen der Verlustverrechnung**

Unsere Ziele:

- Jedes Kind muss dem Staat gleich viel wert sein
- Kampf gegen Armut von Kindern und Familien

Unsere Ziele:

- Gleiche Besteuerung von Kapitalerträgen und von Einkommen aus Arbeit
- Aufhebung der Anonymität von Kapitalerträgen



DGB-Forderungen für geschlechtergerechte Besteuerung

- **Steuerklasse 5 abschaffen, statt 3 und 5:
Steuerklasse 4 und 4 mit Faktorverteilung**
- **Höheres Absicherungs niveau der
Lohnersatzleistungen**
- **Ehegattensplitting überwinden:
Individualbesteuerung mit übertragbarem
Grundfreibetrag (soweit nicht ausgeschöpft)**
- **Abfederung des Übergangs durch gerechteren DGB-
Einkommensteuer-Tarif (s.o.)**
- **Zwei mögliche Wege des Ausstiegs denkbar:**
 - **Allmählicher Abbau des Splittingvorteils über
10 Jahre für Alle (ver.di-Präferenz)**
 - **Stichtagsregelung – keine Änderung für
bestehende Ehen**

Unsere Ziele:

- Steuerliche Hürden für die Erwerbsbeteiligung von Frauen abbauen
- Keine Bevorzugung hoher Einkommen nur eines Partners
- Steuerrechtliche Ursachen für geringere Lohnersatzleistungen für Frauen beseitigen
- Sozialer Ausgleich für untere und mittlere Einkommen beim Übergang zur Individualbesteuerung
- Steuermehreinnahmen: ca. 11 Mrd. Euro langfristig



DGB-Forderungen Rentenbesteuerung

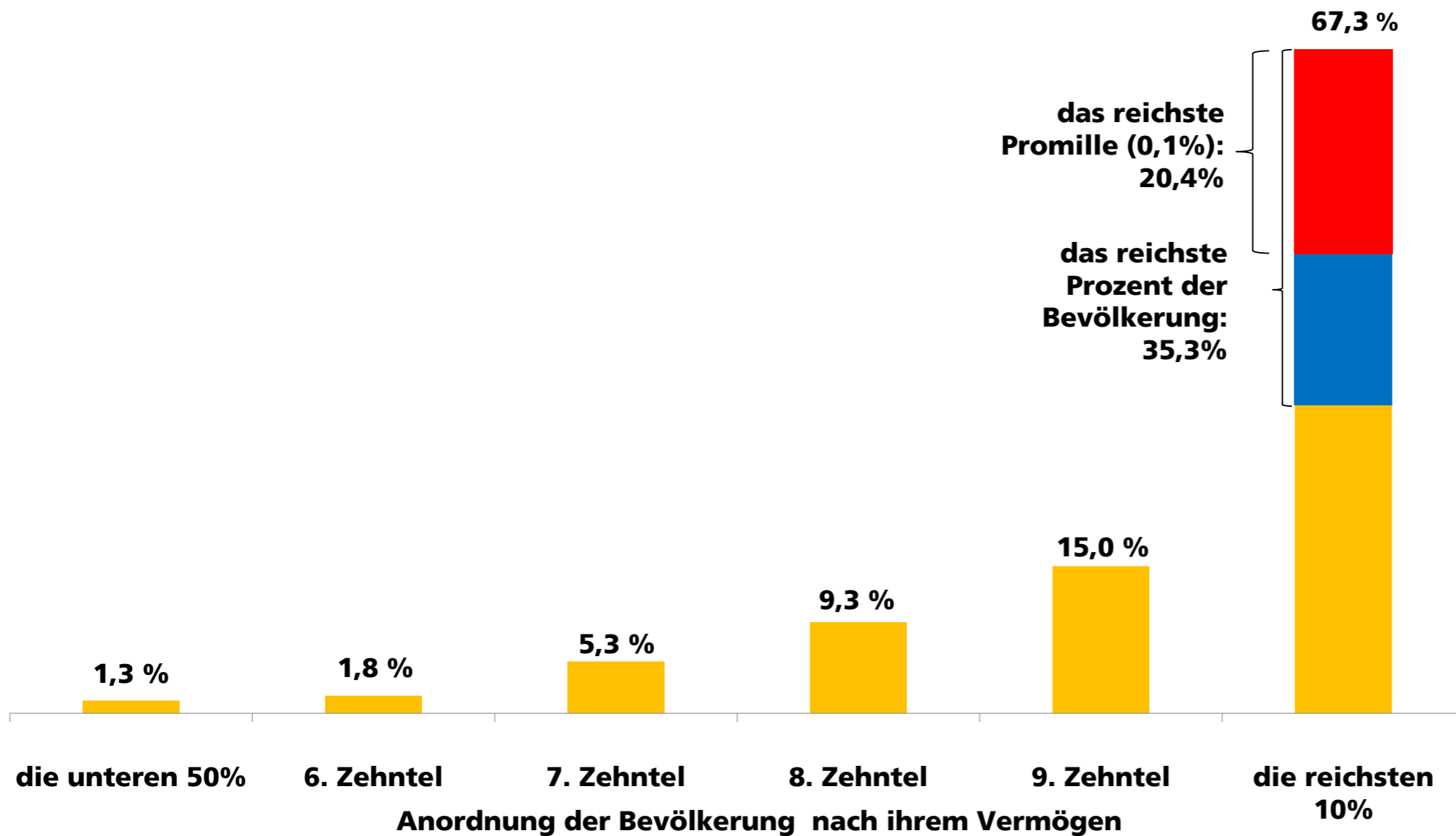
- **Zügige Umsetzung der „vereinfachten Steuererklärung“**
- **Bessere Hilfestellung der Finanzämter für Ältere durch mehr Personal**
- **Monatlicher Steuerabzug durch Rentenversicherungsträger (wie beim Lohnsteuerabzug)**
- **Übergangszeitraum zur vollen Rentenbesteuerung über 2040 verlängern**
- **Weitere Benachteiligungen bei knappschaftlich und freiwillig GRV-Versicherten beenden**

Unsere Ziele:

- Ein einfacheres Besteuerungsverfahren für Seniorinnen und Senioren
- Informationsaustausch zwischen Finanzamt und Rentenversicherungsträgern auch im Interesse der Steuerpflichtigen nutzen
- Vermeidung einer zweifachen Besteuerung



Ein Prozent Millionäre besitzen über ein Drittel des Vermögens



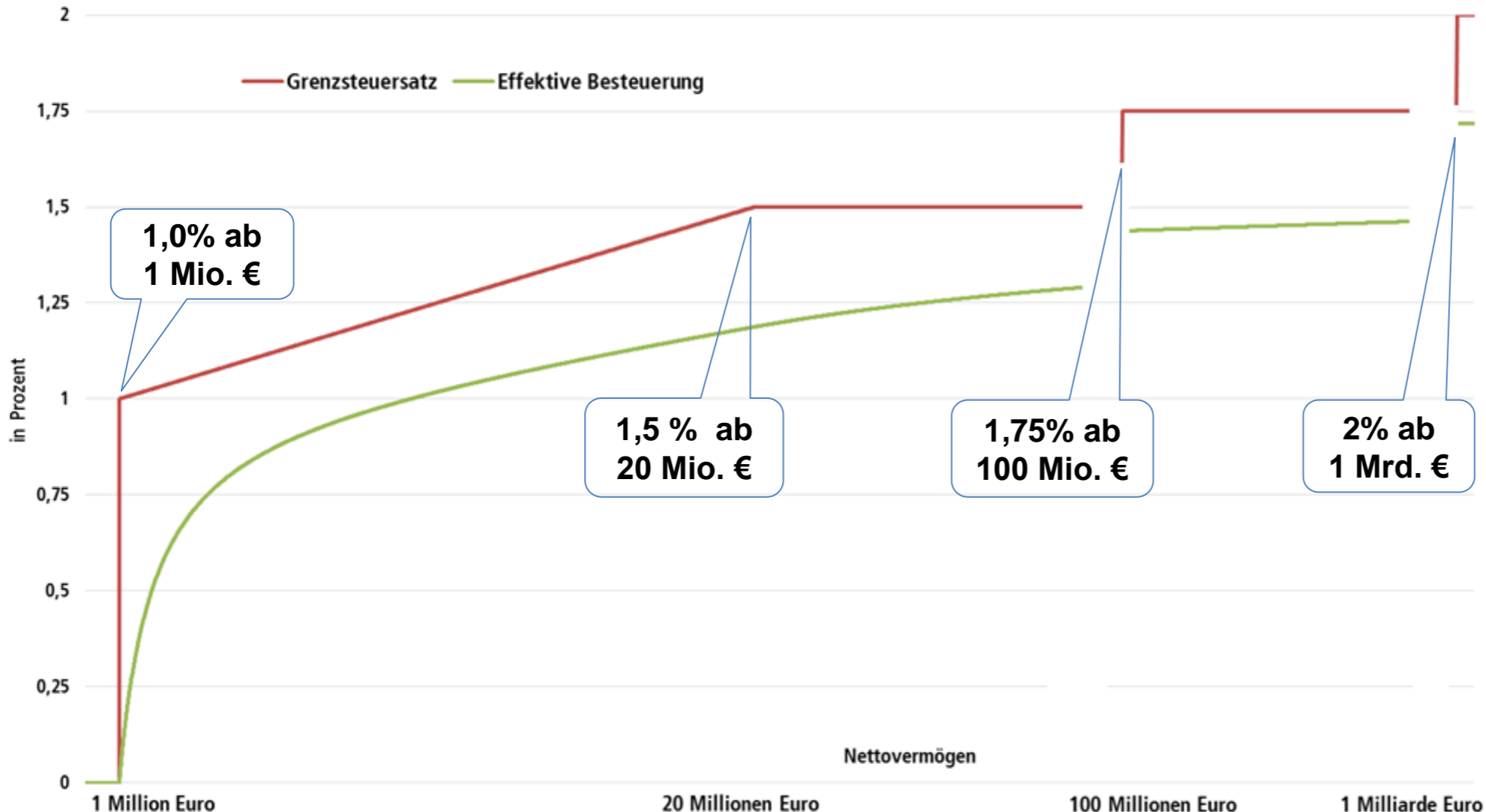
Die Verteilung der Vermögen ist noch weit ungleicher als die der Einkommen. Die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung besitzen in Deutschland über zwei Drittel des gesamten privaten Vermögens. Darunter das reichste Prozent alleine über ein Drittel und die reichsten 0,1 Prozent über ein Fünftel. Die untere Hälfte der Bevölkerung in Deutschland hat kaum Vermögen, die unteren 90 Prozent besitzen nur zusammen etwa ein Drittel des Gesamtvermögens.

ver.di INFO GRAFIK www.wipo.verdi.de | Quelle: Grabka, König, Schröder (DIW) in APuZ 41/2020



DGB-Forderung progressive Vermögensteuer

Tarifverläufe Vermögensteuer nach DGB-Vorschlag



Unser Ziel:

Superreiche/Vermögende müssen wieder mehr in die Pflicht genommen werden!

- Progressiver Tarif mit hohen Freibeträgen
- Altersvorsorgevermögen wird nicht besteuert
- Halbvermögensprinzip vermeidet Doppelbesteuerung: je halber Satz Kapitalgesellschaft und Eigentümer.
- Mitwirkungspflichten von Kreditinstituten und Vermögensverwalter
- Steuermehreinnahmen: 28 Mrd. Euro für Länder



Sind Sie für die Einführung einer Vermögenssteuer?

Ja Nein

	93	Linken-Anhänger	7	
	86	SPD-Anhänger	13	
	81	Grüne-Anhänger	18	
	62	Unions-Anhänger	36	
	58	AfD-Anhänger	41	
	52	FDP-Anhänger	44	
	72	Keine Partei	23	

in %

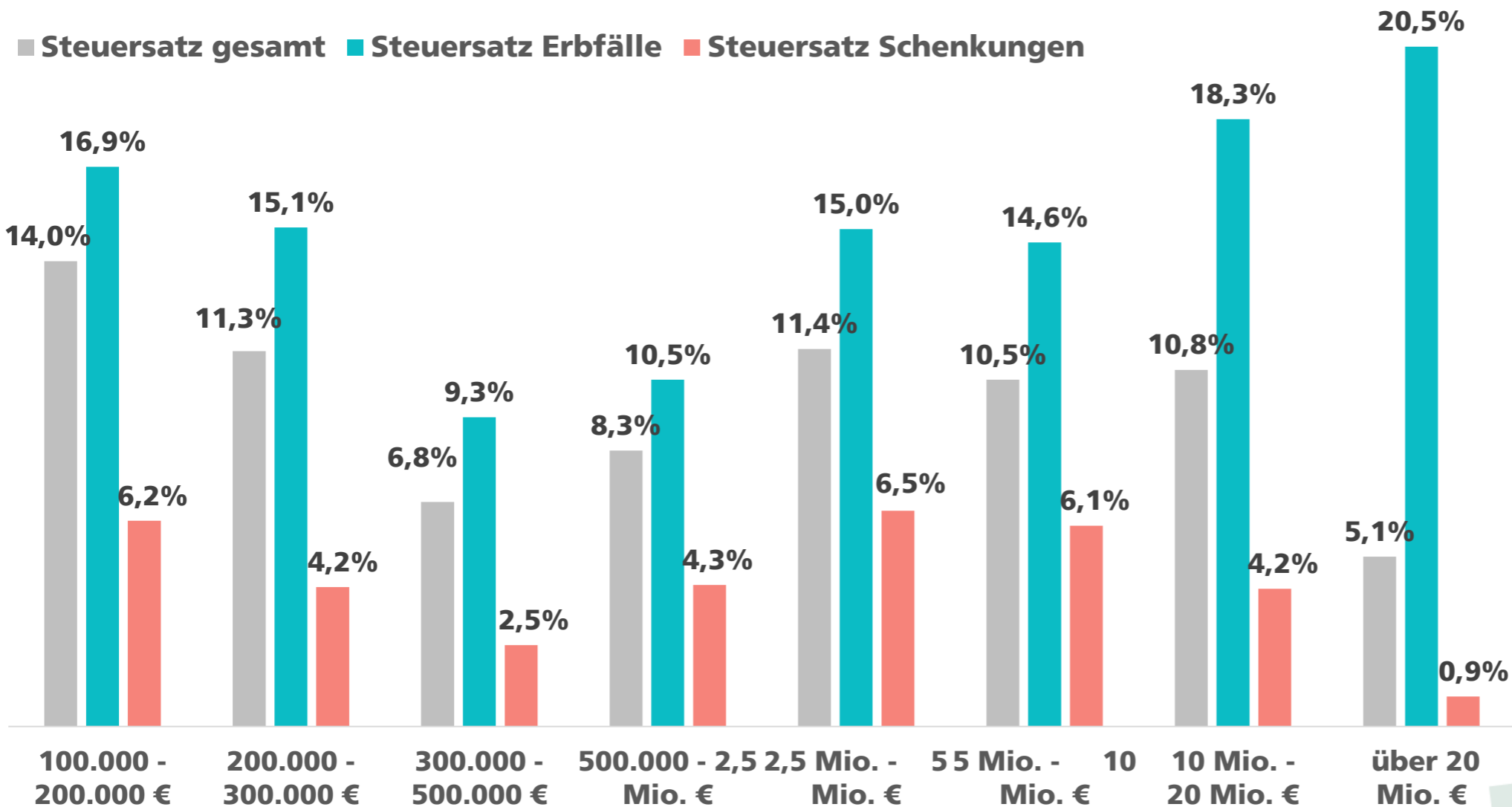
Infratest dimap für ARD-Morgenmagazin

Die Vermögenssteuer wird seit 1997 nicht mehr erhoben, obwohl sie ausdrücklich im Grundgesetz vorgesehen ist. Um sie verfassungsgemäß wieder zu erheben, müssen die unterschiedlichen Vermögensarten gleichmäßig realistisch bewertet werden. In Umfragen gibt es deutliche Mehrheiten für die Vermögenssteuer. Doch bisher war die politische Macht der Reichen stärker, die sie verhindern wollen.



Größte übertragene Vermögen – geringster Steuersatz

Effektive Steuersätze auf den Gesamtwert der Vermögen



Durch die weitgehende Begünstigung für Betriebsvermögen zahlen die Erwerber/innen von Multimillionenvermögen nur sehr niedrige Erbschaftsteuern. Das gilt vor allem bei Schenkungen, die planmäßig noch zu Lebzeiten der Reichen vorgenommen worden. Alle zehn Jahre können erneut die hohen Freibeträge genutzt werden.



DGB-Forderungen zur Erbschaft- und Schenkungsteuer

Probleme:

- **Übertragung von Betriebsvermögen durch Erbschaft oder Schenkung wird nur sehr gering besteuert**
- **je größer die Vermögen, desto höher der Anteil des Betriebsvermögens → Besteuerung um so geringer**
- **Dieser §13a des Gesetzes ist laut Subventionsbericht der Bundesregierung das größte jährliche Steuergeschenk: 2018: 5,7 Mrd. Euro, 2020: 6,8 Mrd. Euro**

DGB-Forderungen:

- **Keine Vorzugsbehandlung bestimmter Vermögensarten und damit sehr großer Erbschaften und Schenkungen**
- **Nötigenfalls weitergehende Stundungsregeln**

Unser Ziel:

- **Keine Privilegierung der Erben von Unternehmen und großer Aktienpakete**
- **Stärkung der Länderhaushalte**
- **Verdoppelung des Steueraufkommens: +6,8 Mrd. Euro**



DGB Forderungen zur Unternehmensbesteuerung

Gewerbesteuer (an die Kommunen):

- **Durch Einbeziehung der freien Berufe, höheren Freibetrag und breitere Bemessungsgrundlage zur Gemeindewirtschaftsteuer ausbauen**

Körperschaftsteuer (auf Gewinne von AGs, GmbHs und anderen Gesellschaften):

- **Steuersatz mittelfristig wieder auf 25% erhöhen**
- **Gewinne aus der Veräußerung von Anteilen an Kapitalgesellschaften wieder besteuern**
- **Begrenzung des Verlustvortrags, Nachversteuerung bei Gewinnverschiebung, internationale und EU-Regelungen für breite Bemessungsgrundlage und Mindeststeuersatz**

Unsere Ziele:

- Verstärkung der Kommunalfinanzen und Beteiligung aller örtlichen Unternehmen
- Entlastung kleinerer Gewerbebetriebe, Beteiligung gut verdienender Freiberufler
- Ende des Steuerwettlaufs nach unten
- Verhinderung von Steuervermeidung
- Anteil am gesamten Steueraufkommen erhöhen
- Mehreinnahmen insgesamt: + 10 Mrd. Euro



DGB-Forderung Finanztransaktionsteuer

- **Eine Steuer auf Wertpapiergeschäfte und Finanzspekulationen aller Art wie im Vorschlag der EU-Kommission von 2013**
- **Devisengeschäfte einbeziehen**
- **Einheitlich niedriger Steuersatz von 0,1%**

DGB-Forderungen zum Steuervollzug

- **Mindestens 20.000 Stellen zusätzlich in der Finanzverwaltung, + 25% in der Steuerfahndung**
- **länderübergreifende Ermittlungsgruppen**
- **Vereinheitlichung u. Vernetzung der IT**
- **Offenlegung der Begünstigten von Unternehmen und Stiftungen**

Unsere Ziele:

- **Eindämmung spekulativer Finanztransaktionen**
- **Mehr Investitionen in Realwirtschaft**
- **Steuer Mehreinnahmen: + 17 Mrd. Euro**

Unsere Ziele:

- **Effektive Bekämpfung von Steuerhinterziehung u. -betrug**
- **Wirksame Risikoerkennung**
- **Steuer Mehreinnahmen: + 8 Mrd. Euro**



DGB-Steuerkonzept - Einnahmewirkungen im Jahr

➤ Einkommensteuer	-12 Mrd. €
➤ Vermögensteuer	+28 Mrd. €
➤ Erbschaftsteuer	+7 Mrd. €
➤ Unternehmenssteuern	+10 Mrd. €
➤ Finanztransaktionssteuer	+17 Mrd. €
➤ besserer Steuervollzug	+8 Mrd. €
➤ Gesamtmehrereinnahmen etwa	+60 Mrd. €

